



Direktion der Justiz und des Innern  
des Kantons Zürich



Staatskanzlei  
des Kantons Zürich

Brief an die Adressaten gemäss Adressatenliste

Zürich, 26. März 2012

### **Vernehmlassung zur künftigen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton Zürich im Bereich E-Government**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Gemeinden und die kantonale Verwaltung haben E-Government in den letzten Jahren grösstenteils unabhängig voneinander aufgebaut. Sie haben ein breites Online-Angebot für Bevölkerung und Unternehmen geschaffen, das grösstenteils aus statischen Informationen und aus dem Download von Formularen besteht. Bei vielen Amtsgeschäften sind die Gemeinden erste Anlaufstelle für Einwohner und Unternehmen, die Erbringung der öffentlichen Leistung erfolgt aber oft in Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der kantonalen Verwaltung oder sogar dem Bund. Die bestehenden Online-Angebote sind jedoch oft ein Abbild der organisatorischen Verwaltungsstrukturen und in sich geschlossen (Gemeinde/Kanton).

Der grösste Nutzen von E-Government, sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Behörden selbst, entsteht jedoch bei der elektronischen Abwicklung von Amtsgeschäften, die über alle einbezogenen Staatsebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) ohne Medienbruch und mit dem Austausch von Daten erfolgen (Transaktionen). Bund, Kanton und viele Gemeinden sehen E-Government deshalb nicht nur als imagefördernde Dienstleistung für Bevölkerung und Unternehmen sondern auch als Instrument für eine effizientere Aufgabenerfüllung und bedürfnisgerechte Erbringung der öffentlichen Leistungen. Gerade in diesem Bereich stagniert jedoch die Entwicklung von E-Government, weil unter anderem die personellen und finanziellen Mittel dazu fehlen, um Lösungen aus eigener Kraft umzusetzen.

Um E-Government wirtschaftlicher weiterentwickeln und das grosse Synergien-Potenzial nutzen zu können, ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden notwendig und gemäss Umfragen auch erwünscht. Der Regierungsrat hat hierzu eine Massnahme bei den Legislaturzielen 2011-2015 formuliert: „Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln“. Die Staatskanzlei führt unter der Leitung der Stabsstelle E-Government ein Projekt durch, um Inhalte und Form der künftigen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton festzulegen. Die Projektorganisation besteht aus Vertretern der Gemeinden, deren Verbänden (GPV, VZGV, IG ICT) und den Direktionen des Regierungsrates. Das Vorgehen im Projekt ist im Kapitel 4 des Berichts aufgezeigt.

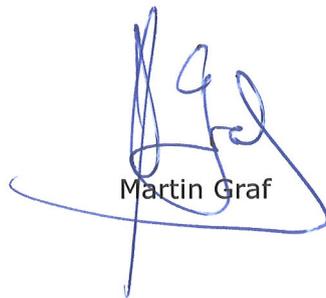
Es ist geplant, die E-Government-Zusammenarbeit mittels einer Vereinbarung zwischen Kanton und Gemeinden zu verankern. Darin sind allgemeine Grundsätze, das Vorgehen bei der Projektumsetzung sowie die Organisation und Finanzierung festgehalten. Erste Vorschläge zu den strategischen Stossrichtungen bezüglich der Weiterentwicklung von E-Government sowie zu konkreten gemeinsamen Projekten sind im Strategischen Projektportfolio 2013-2016 enthalten, das nach Unterzeichnung der Vereinbarung dem noch zu bildenden Steuerungsausschuss zur Genehmigung vorgelegt wird.

Es ist uns ein grosses Anliegen, die E-Government Zusammenarbeit mit möglichst vielen Gemeinden festigen zu können. Der Regierungsrat hat an der Sitzung vom 6. März 2012 (RRB Nr. 218/2012) der Staatskanzlei den Auftrag erteilt, zu den Entwürfen eine Vernehmlassung durchzuführen. Wir laden Sie ein, sowohl den Vereinbarungsentwurf als auch den Entwurf des Strategischen Projektportfolios zu prüfen und uns Ihre Stellungnahme zwecks effizienter und genauer Auswertung möglichst elektronisch mittels Online-Formular über die Seite [www.e-gov.zh.ch/vernehmlassung.html](http://www.e-gov.zh.ch/vernehmlassung.html) bis zum 22. Juni 2012 einzureichen. Den Zugang zum Online-Formular erhalten Sie durch die Eingabe der beigefügten Zugangsdaten.

Für Fragen zu den Unterlagen steht Ihnen die Projektleiterin, Luzia Gähwiler (Tel. 043 259 20 89) gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Der Vorsteher der  
Direktion der Justiz  
und des Innern



Martin Graf

Der Staatsschreiber



Beat Husi

Beilagen:

(können auf der Seite [www.e-gov.zh.ch/vernehmlassung.html](http://www.e-gov.zh.ch/vernehmlassung.html) heruntergeladen werden):

- Bericht zur künftigen Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Zürich und den Gemeinden im Bereich im E-Government
- Entwurf der Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Zürich und den Gemeinden im Bereich E-Government
- Entwurf Strategisches Projektportfolio 2013-2016
- Adressatenliste
- Informationen zum Vernehmlassungsformular für Stellungnahmen